

(1)

Beschlussantrag der FPÖ-Landtagsabgeordneten Michael Kreißl und Dr. Helmut Günther betreffend Gehaltserhöhung für die Gemeindebediensteten, eingebracht zu Post Nr. 1 der Tagesordnung der Sitzung des Wiener Landtages am 30. Jänner 2002.

Die Bundesregierung hat die Bezüge der Bundesbediensteten für das Jahr 2002 um 0,8 % erhöht. Die SPÖ-Stadtregierung hat darüber hinaus beschlossen, die Bezüge der Gemeindebediensteten um weitere 1,2 %, also insgesamt um 2 %, zu erhöhen. Die Kosten dafür belaufen sich in etwa auf 250 Millionen Schilling.

Die gefertigten Landtagsabgeordneten stellen daher gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Landtages für Wien nachfolgenden

Beschlussantrag:

Der Wiener Landtag möge beschließen:

Die für die weiteren 1,2 % Gehaltserhöhung anfallenden Kosten in der Höhe von rund 250 Millionen Schilling nicht in Form einer prozentuellen Erhöhung vorzunehmen, sondern einen für alle Bediensteten gleich hohen absoluten Sockelbetrag zu beschließen.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung dieses Antrages gefordert.

Magistratsdirektion der Stadt Wien
ABGELEHNT
Eing.: 30 JAN 2002
PGU00587/20010001-KFP/LAT
Geschäftsstelle Landtag, Gemeinderat,
Landesregierung und Stadtsenat

Ulrike Trautner
Robert Aulof
Michael Kreißl
Helmut Günther
Walter
Frank
Schneckenberg